Löhrmann: Ditib soll Beiratssitz ruhen lassen

31. Januar 2017

Düsseldorf (KNA) Die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) hat den Moscheeverband Ditib aufgefordert, seinen Sitz im Beirat für den islamischen Religionsunterricht vorerst ruhen zu lassen. Zunächst müssten die Spitzelvorwürfe gegen die Ditib restlos aufgeklärt werden, sagte Löhrmann am Freitag der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Düsseldorf. Am Tag zuvor hatte NRW-Integrationsminister Rainer Schmeltzer (SPD) der Ditib mit einer Aufkündigung der Zusammenarbeit gedroht, falls sich die Organisation nicht umgehend strukturell und finanziell vom türkischen Staat löse. Zudem müssten die Spionagevorwürfe lückenlos aufgeklärt und gegen Verantwortliche Konsequenzen gezogen werden. Die Ditib untersteht der Religionsbehörde Diyanet in Ankara. Im Beirat der nordrhein-westfälischen Landesregierung, der über die Inhalte des muslimischen Bekenntnisunterrichts befindet, hat die Ditib einen von acht Sitzen. Schmeltzer hatte am Donnerstag Medienberichte zurückgewiesen, wonach Düsseldorf die Zusammenarbeit mit der Ditib im Beirat für den Religionsunterricht aufgekündigt habe. Im Februar werde das Gremium aus Regierungsmitgliedern und islamischen Verbandsvertretern zusammenkommen, um den Wechsel des Vorsitzes zu vollziehen. Alle anderen Gespräche zwischen Ditib und Landesregierung, auch das „Dialog-Forum Islam“, ruhten jedoch derzeit. Einzelne Ditib-Imame werden beschuldigt, in Moscheen Regimegegner ausgespäht und bei den türkischen Behörden denunziert zu haben. Auf einer von Imamen erstellten Bespitzlungs-Liste finden sich 28 Personen und 11 Institutionen, die mutmaßlich der oppositionellen Gülen-Bewegung angehö- ren, darunter auch fünf Lehrer aus Nordrhein-Westfalen. Löhrmann bestätigte, dass auf der Liste fünf Lehrkräfte identifiziert werden konnten. Deshalb habe sie bereits im vergangenen Dezember die vorgesetzten Dienststellen der Lehrkräfte bei den Bezirksregierungen telefonisch informiert. Die Schulaufsicht sei von ihr angewiesen worden, „aus Fürsorgegründen die Entwicklungen zu beobachten und bei Auffälligkeiten geeignete Maßnahmen zum Schutz der Lehrkräfte zu ergreifen“. Zudem habe es bei den bespitzelten Lehrern „GefährdetenAnsprachen“ durch die Polizei gegeben. Derzeit erhalten laut Löhrmann an landesweit 200 Schulen 16.100 Schüler islamischen Bekenntnisunterricht. Dafür stünden 224 Lehrer zur Verfügung. In Nordrhein-Westfalen gibt es laut Schulministerium 364.000 muslimische Schüler. Damit erhalten nicht einmal fünf Prozent von ihnen islamischen Bekenntnisunterricht.

(KNA – rklmr-89-00148)

Stand: 27. November 2026